

kann in keiner Weise darauf verzichten, ihr prophetisches Amt, ihre Soziallehre zu verkünden und die Verletzungen der Gerechtigkeit aufzuzeigen. Indem sie das tut, darf sie zeitliche und politische Themen aufgreifen, aber ihre Aktion kann auf keinen Fall als politische Einmischung qualifiziert werden.“

Die Schranken des Konkordats

Diese Stellungnahmen — unmittelbar nach der Drohung des Generals Franco gegenüber der Kirche — lassen daran zweifeln, daß es dem

Regime gelingen wird, die katholische Kirche wieder zu ihrer früheren apolitischen Haltung zurückzubringen und aus ihr wieder die Vertreterin einer regimetreuen „Staatsreligion“ zu machen.

Beobachter in Spanien sehen die Wendung in der Kirche zu einem unabhängigeren, sozial kritischeren Kurs vor dem Hintergrund der wachsenden Erosionserscheinungen im Zuge der industriellen Revolution der letzten zehn Jahre. Die religiöse Praxis im Volk geht zurück, gleichzeitig aber wächst die Offenheit der Gesamtkirche für ein Engagement in

der Welt. Die spanische Kirche, oder jedenfalls eine wachsende Mehrheit im Episkopat, sieht sich jedoch immer noch durch die spezielle politische Situation in Spanien an der Auseinandersetzung mit der neuen Problematik und an einer freien Reform der Kirche gehindert. Von daher sind die in letzter Zeit immer intensiveren Bemühungen der Kirche um eine Erneuerung des Konkordats von 1953 zu verstehen, das die Hierarchie hindert, sich eindeutig auf die Seite der individuellen und sozialen Rechtsansprüche der benachteiligten Bevölkerungsschichten zu stellen.

Vorgänge und Entwicklungen

Entwicklungspolitik in der Krise

Fakten, Probleme und Überlegungen im Blick auf die 3. Welthandelskonferenz

Von Krisenstimmung zu reden, scheint derzeit fast „modern“ zu sein, und deshalb geraten echte Krisen leicht in die Gefahr, übersehen oder zumindest nicht ernst genommen zu werden. Nach einer Flut von Resolutionen, Deklarationen, Versprechungen, Plänen und Papieren schien Anfang 1971, zu Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade, vielen Verantwortlichen die Entwicklungshilfe einigermaßen „geregelt“ zu sein. Zwar tauchte bereits damals vielfältige Skepsis über die Verwirklichung der gesteckten Ziele und über die Lösung der anstehenden Probleme auf, doch vertraute man gleichzeitig auf das eigene Wachstum, in dessen Gefolge dann für die Entwicklungsländer ein entsprechender Anteil „abspringen“ sollte. Wirtschafts- und währungspolitische Entwicklungen in den Industrienationen machten jedoch schon bald viele Konzepte zunichte.

Die Weltwährungskrise und Zusatzzölle sowie inflationäre Tendenzen beeinträchtigen die Entwicklungspolitik in bisher kaum gekanntem Maße. Gleichzeitig nimmt die *Verschuldung* der Entwicklungsländer immer mehr zu — 1971 sollen es bereits 80 Milliarden US-Dollar gewesen sein — und die Bereitschaft zur Hilfe nimmt immer mehr ab. Die Senkung der Auslandshilfe der USA und die Diskussion über diese Hilfe ist nur ein Anhaltspunkt dafür. Der indisch-pakistanische Krieg scheint die Hilfsbereitschaft und die öffentliche Meinung in der Frage der Entwicklungshilfe in starkem Maße negativ beeinflusst zu haben. Jetzt scheint es so, daß zu Beginn der Zweiten Entwicklungsdekade zwar die Fahrpläne erarbeitet und die Weichen gestellt worden sind, daß nun aber die Züge unpünktlich, falsch, mehr oder weniger leer, teilweise überhaupt nicht fahren. An den Zielorten breiten sich Ungeduld, Enttäuschung, Ärger und Angst aus. *M. Guernier* meinte kürzlich, es sei an der Zeit, ein „Schwarzbuch“ der Fehler anzulegen, die seit der bewußten Kenntnisnahme der Probleme der Dritten Welt in den fünfziger Jahren begangen worden sind (vgl. *Le Monde*, 5. 1. 72).

In ein solches „Schwarzbuch“ gehört aber auch die Sicht der Zukunft. Demnach muß man davon ausgehen, daß im Jahre 2000 in der industrialisierten Welt (USA, Sowjetunion, Europa, Japan) 1,5 Milliarden Menschen leben werden, die jeweils 5 000 bis 10 000 Dollar pro Jahr verbrauchen können, während 4,5 Milliarden Menschen in der Dritten Welt nur über 500 Dollar verfügen werden.

Unterentwickelte Öffentlichkeitsarbeit

All diese Fragen und Aussichten sind nicht neu. Und doch ist erschreckend, wie leicht die jetzigen und sich anbahnenden ungerechten und die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößernden Entwicklungen in dem Moment vergessen werden, in dem Eigeninteressen berührt und der eigene Wohlstand stagniert oder in seinen Ausmaßen gefährdet ist. Bundesminister *E. Eppler* sprach bereits von einer „Eskalation des Mißbehagens“, die in vollem Gange sei. *Emotionen* gewinnen an Boden. So schrieb die „Welt“ (3. 1. 72) unter der Überschrift „Krieg für unser Geld?“ u. a.: „Das Wort von der friedliebenden Dritten Welt, jahrelang von Kreisen, die sich progressiv nennen, wie ein Banner geschwenkt, ist auf den Schlachtfeldern des indischen Subkontinents dahingewelkt.“ Darauf folgte eine Attacke gegen die Kapitalhilfe: „Wenn man bei der Entwicklungshilfe außenpolitische Gesichtspunkte beiseite läßt, wie es Minister Eppler immer fordert, ist es dann noch Aufgabe des Staates, mit Hilfe von Steuern sich karitativ zu betätigen?“ Wenn das Mißbehagen in dieser verzerrenden und unverantwortlichen Weise von einem Teil der Presse auch noch gefördert wird, muß man sich über die Folgen nicht wundern. Dann nützt es auch nicht viel, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (14. 1. 72) zu dem gleichen Komplex u. a. schreibt: „Vielleicht werden Historiker es später niederschreiben: Ende 1971 wurde die Welt Zeuge des ersten Krieges, dessen Ursache die Übervölkerung dieses Krisenherdes war... So gesehen,

müßte die Schlußfolgerung aus den Ereignissen auf dem indischen Subkontinent nicht weniger, sondern eher mehr Entwicklungshilfe lauten. Denn niemand hierzulande darf sich der Illusion hingeben, wir könnten von zukünftigen Konvulsionen in Asien unberührt bleiben.“

In den Vereinigten Staaten machte die Ablehnung der Vorlage für die Auslandshilfe durch den Senat deutlich, wie sehr auch dort die Entwicklungspolitik in Frage gestellt wird. Bei dieser Abstimmung spielten mehrere Faktoren zusammen. Diejenigen Senatoren, die schon immer gegen die weit gestreute US-Wirtschafts- und Militärhilfe waren, trafen sich diesmal mit den liberalen Politikern, die in dieser Hilfe mehr eine Ablenkung von den strukturellen Mißständen in den Entwicklungsländern sehen und schließlich mit denen, die trotz der hohen Leistungen der USA von 150 Milliarden Dollar zwischen 1945 und 1971 überall nur „Undankbarkeit“ zu erkennen glauben. Die Abstimmungsniederlage der USA in der UNO über die China-Mitgliedschaft und anschließende Äußerungen Nixons taten ein übriges. Die Entscheidung wurde aber auch mit beeinflußt vom Revanchedenken, d. h., die Senatoren wollten *Nixon* endlich einmal ihre Stärke auch bei außenpolitischen Entscheidungen spüren lassen. Ebenso spielte das Unbehagen an der bis heute geübten Praxis eines gemeinsamen Fonds für wirtschaftliche, humanitäre und militärische Hilfe eine Rolle. Die Diskussion über diese Entscheidung machte deutlich, wie wichtig eine *Überprüfung der traditionellen Hilfeleistung* ist, wie sehr die Enttäuschung über Fehlschläge und „Undankbarkeit“ verwurzelt ist und wie notwendig die Trennung der Mittel ist. Schon wenige Tage nach dem Debakel vom 29. Oktober 1971 verabschiedete der Senat (am 10. 11. 1971) zwei Übergangs-Regelungen, getrennt nach Entwicklungs- und humanitäre Hilfe auf der einen und Rüstungshilfe auf der anderen Seite. Insgesamt 2,64 Milliarden Dollar sind darin vorgesehen, wobei 1,14 Milliarden für den ersten Bereich und 1,5 Milliarden für die Rüstung gedacht sind. Die Regierung hatte mehr als 3 Milliarden Dollar verlangt, der Ende Oktober verworfene Antrag lautete auf 2,9 Milliarden.

Der von den Entwicklungsländern bemängelte einschneidende Beschluß des Senates konnte damit zwar teilweise aufgefangen werden, doch enthält die jetzt vom Senat gebilligte Auslandshilfe-Regelung (vgl. NZZ, 13. 11. 71) teilweise unannehmbare Bedingungen. So sollen die Zinssätze für bilaterale Entwicklungsanleihen auf 6 bis 7 Prozent festgelegt werden, während sie bisher in den ersten zehn Jahren 2 und danach 3 Prozent ausmachten. Mit einigen anderen Klauseln wird Krediten für interne amerikanische Programme der Vorrang eingeräumt. Außerdem sollen die Beiträge an die UN drastisch gekürzt werden. Nach der Vorlage soll der Präsident zudem ab 1975 die bilaterale Hilfe gänzlich zugunsten der multilateralen aufgeben. Sicherlich könnte mit der zuletzt genannten Entscheidung die Hilfe „entpolitisiert“ werden, doch wird es einiger Mühe bedürfen, die Bereitschaft zur Zahlung auch in diesem Falle in gleichem oder größerem Maße zu erreichen. Alarmierend wirkte die soeben erfolgte Meldung, daß die Leitung des amerikanischen *Friedenskorps* die ersten Maßnahmen zur Verringerung der derzeit rund 8000 Entwicklungshelfer um 50 Prozent eingeleitet hat, da die Mittel drastisch gekürzt wurden. Die Einwände gegen diese Maßnahmen hielten sich in Grenzen... Vielleicht waren Forderungen kirchlicher

Kreise, zur langfristigen Sicherung der Entwicklungshilfe ca. 25 % der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden, doch nicht so absurd, wie man zunächst meinte. Von Zufall, Eigennutz und Trotz bestimmte Reaktionen der entwickelten Länder jedenfalls machen erneut deutlich, wie wichtig die Verankerung der Idee der Hilfe für die Dritte Welt in breiten Kreisen ist.

In ihrem Bericht für das Jahr 1970 wies die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit darauf hin, daß im Vergleich zu 1969 die deutschen Investitionen in Entwicklungsländern von 1,194 Milliarden DM auf 828 Millionen DM zurückgegangen seien. Der Ausschuß für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee/DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kam bei einer Prüfung der von der Bundesrepublik bereitgestellten Entwicklungshilfe-Mittel zu dem Ergebnis, daß die Hilfe 1970 mit 600 Millionen Dollar auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr geblieben sei. Der Anteil der Hilfeleistungen am Bruttosozialprodukt ging jedoch um 0,07 % auf 0,32 % zurück. Damit erreichte die öffentliche Hilfe der Bundesrepublik den relativ *tiefsten Stand seit zehn Jahren*. Diese Tendenz ist besonders im Hinblick auf die durch Versprechungen der Regierung genährte Hoffnung der Entwicklungsländer bedauerlich. Die Bundesregierung hatte sich nämlich dem von den UN empfohlenen Richtlinien angeschlossen, nach denen bis 1975 0,7 % des Bruttosozialproduktes im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden sollten. Zusammen mit privaten Hilfen wurde das Ziel von 1 % akzeptiert. Doch noch ist man in der Praxis weit von dieser Zielsetzung entfernt. Die öffentliche Entwicklungshilfe aller Mitgliedsländer der OECD zusammen nahm 1970 lediglich um 3 % zu, „was unter Berücksichtigung der inflationistischen Einflüsse einer *Stagnation* gleichkommt“ (NZZ, 23. 10. 71).

Erschwerende Faktoren

Diese überall zu verzeichnenden Kürzungen bei Mitteln für die Entwicklungshilfe bedeuten an sich schon eine erhebliche Verschlechterung der Position der Länder der Dritten Welt. Durch zusätzliche andere Maßnahmen jedoch ist bald eine Situation erreicht, in der „die Grundlage der Sicherheit für die Entwicklungsländer immer schmaler wird. Der Frieden reicht eben nicht aus, um deren Leben erträglicher zu gestalten. Die Ereignisse, die die derzeitige Phase kennzeichnen, beschwören geradezu katastrophale Folgen für die Entwicklungsländer herauf...“ So hieß es z. B. in einem offenen Brief des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik an den Bundeskanzler (vgl. Die Zeit, 29. 10. 71). Darin werden die weltweite inflationäre Tendenz, der drohende Handelskrieg und die abflauende Konjunktur der Industriestaaten als augenblicklich besonders schwerwiegende neue Faktoren bezeichnet. Angesichts des zunehmenden „*Isolationismus der Industrielwelt*“ müßten unbedingt Maßnahmen ergriffen werden, „die verhindern, daß auf eine Generation, die Verbrechern das Feld überließ, eine Generation folgt, die Not und Elend mit ansieht, ohne den Versuch zu unternehmen, deren Ursachen zu beheben.“ Einige *Fakten* machen deutlich, welche neuen Schwierigkeiten sich für die Länder der Dritten Welt ergeben. Schon die Freigabe des Wechselkurses mit der De-facto-Aufwer-

tung der Mark und des Yen bedeutete, daß für die Importeure Südasiens z. B. die Waren aus Japan und der Bundesrepublik um 20 bis 25 % teurer als vor 2 Jahren wurden. Die Dollarabwertung trifft die Entwicklungsländer ebenfalls sehr hart, da ihre Dollarguthaben damit natürlich auch automatisch entwertet sind. Schätzungen der Verluste belaufen sich auf 800 Millionen bis 1 Milliarde Dollar. Eine Goldpreiserhöhung verringert diese Verluste wegen der Anlage einiger Reserven in Gold zwar ein wenig, doch bleibt der Schaden insgesamt sehr hoch.

Die Belastungen der Entwicklungsländer durch *Rückzahlung von Anleihen und Zinszahlungen* nehmen ebenfalls immer mehr zu. Die Sowjetunion leistete gegenüber Indien 1970 beispielsweise „negative Entwicklungshilfe“, da sie 212 Millionen Rupien mehr als Zins- und Tilgungszahlungen von Indien erhielt, als sie überhaupt an Krediten an Indien lieferte. Der indische Finanzminister *Chavan* gab im August 1971 bekannt, 1970 habe Indien insgesamt 6,56 Milliarden Rupien von allen Geberländern zusammen erhalten, aber 3,38 Milliarden zurückzahlen müssen.

Nach einem Expertenbericht, der Anfang November in Lima von der Wirtschaftskommission der UN für Lateinamerika (CEPAL) vorgelegt wurde, erbrachten z. B. die in Lateinamerika investierten ausländischen Kapitalien 1969 Gewinne in Höhe von 25 Milliarden Dollar gegenüber 11,6 Milliarden im Jahr 1965. Die Ausgangspositionen für die entwickelten Länder sind also auch in diesem Falle günstiger als die der Entwicklungsländer. Bei einem Vergleich der Preisentwicklung von 20 tropischen Produkten Lateinamerikas zeigte sich im übrigen, daß die Preise um 12 % in den letzten Jahren absanken, während in der gleichen Zeit die Industriepreise der großen entwickelten Länder stark stiegen („Blick durch die Wirtschaft“, 10. 11. 71). Diese Tendenz zeigt sich fast überall.

Die Erklärung von Lima

Es war zu erwarten, daß die in der „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Entwicklungsländer auf ihrer Konferenz in Lima vom 25. Oktober bis zum 7. November 1971 gerade diese ihren Fortschritt hemmenden Faktoren eingehend erörtern würden. Die mittlerweile auf 96 Mitglieder angewachsene Gruppe (zuletzt wurde Kuba aufgenommen) bildete sich 1964 nach der ersten Welthandelskonferenz in Genf als Gegenpol zu den großen Industrienationen. Ihre erste größere Konferenz Ende 1967 in Algier galt der gemeinsamen Vorbereitung der zweiten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development/UNCTAD) 1968 in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi. In Lima galt es nun, eine Strategie für die dritte Welthandelskonferenz, UNCTAD III, festzulegen, die vom 13. April bis voraussichtlich 16. Mai in Santiago de Chile stattfinden soll. Von dem teilweise utopischen Enthusiasmus, der noch in Algier vorherrschte, war diesmal nicht viel zu spüren. Statt dessen zeigten sich tiefe Risse zwischen den Entwicklungsländern, die auf regionale Probleme, auf ideologische Meinungsverschiedenheiten, auf unterschiedliche Abhängigkeiten und auf einen verschieden hohen Entwicklungsstand zurückzuführen sind.

Zunächst erschien es fast unmöglich, überhaupt eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten. Erst durch eine Ver-

längerung der Konferenz konnten Erklärung und Grundsätze des Aktionsprogramms von Lima erarbeitet werden. Die *Wünsche und Forderungen* reichen von Grundstoffproblemen über Halb- und Fertigwaren bis zu Finanzierungsmitteln für die Entwicklung, sie betreffen die Handelsbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialsystemen, die Übertragung von Technologien und Sondermaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder und für Binnenländer. Das 91 Seiten umfassende Dokument nennt eine Fülle von Einzelmaßnahmen, die erforderlich sind, um die Lage der Entwicklungsländer zu verbessern. Viele sind nur Wiederholungen früherer Petitionen, eine ganze Reihe dürfte bei den Industrieländern kaum auf Gehör stoßen. Insgesamt erscheinen die Forderungen eher gemäßigt. Aus der Lektüre einzelner Stellungnahmen der Volksrepublik China (die sich im Dezember um Mitgliedschaft in der „Gruppe der 77“ bemühte) läßt sich bereits ablesen, daß China voraussichtlich in Zukunft in diesem Gremium ebenso wie in der UN als *Sprecher der Unterprivilegierten* auftreten will. Damit könnte sich eine Kluft in den Reihen der Entwicklungsländer auftun. Diejenigen, die mit dem jetzigen Kurs nicht einverstanden sind und darin nur eine Besänftigungspolitik sehen, könnten sich um China scharen und z. B. die nächste UNCTAD-Konferenz beherrschen.

Die am wenigsten entwickelten Länder

Der wohl strittigste Punkt der Tagesordnung betraf die Auswahl der am wenigsten entwickelten Länder. Für diese war in der am 24. Oktober 1970 von der UN-Vollversammlung verabschiedeten Internationalen Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade ganz besondere Hilfe vorgesehen worden. Allerdings gab es von Anfang an Schwierigkeiten für die Ermittlung entsprechender Kriterien. Eine UN-Kommission hatte in mühsamer Arbeit eine Liste erstellt, die nun auch von der „Gruppe der 77“ gutgeheißen werden mußte. Besonders die *lateinamerikanischen Staaten* liefen Sturm gegen die vorliegende Liste, die 16 afrikanische, acht asiatische und lediglich Haiti als lateinamerikanisches Land enthält. Die Afrikaner verteidigten vehement die Liste und plädierten für Weiterleitung an die UN. Dort wurde sie schließlich auch am 11. November 1971 verabschiedet. Die angewandten Kriterien lauteten: der Pro-Kopf-Brutto-Verdienst pro Jahr dürfe 100 Dollar nicht übersteigen, die industrielle Produktion dürfe nicht über 10 % der Gesamtproduktion liegen, und die Alphabetisierung müsse unter 20 % liegen. Die jetzt ausgewählten Länder haben eine Bevölkerung von insgesamt 140 Millionen, d. h. etwas weniger als 10 % der Gesamtbevölkerung der Dritten Welt. Die meisten der Ärmsten zählen zu den sehr kleinen Ländern (mit Ausnahme von Äthiopien, Afghanistan, Sudan und Tansania).

Wichtig erscheint diese Festsetzung aber auf jeden Fall, denn die oft durch Prestigedenken geleitete Vergabe von Mitteln kommt so in effektivere Bahnen. Die Emotionen bei der „Gruppe der 77“ waren vielleicht auch deshalb so stark, weil sie in Zukunft diese neue Einteilung zu spüren bekommen. Erstens wird ihnen vielleicht ein Teil der Hilfe zugunsten der anderen gekürzt, zweitens erwartet man von den entwickelteren der Entwicklungsländer eigene Hilfe für die unterentwickelten. Vieles könnte

durch regionale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung erleichtert werden. Die Schwerpunkte der bisherigen Entwicklungshilfe der USA, der Sowjetunion und Chinas machen die Hinwendung zu den 25 am wenigsten entwickelten Ländern ebenfalls deutlich. Fast die gesamte Hilfe der Chinesen ging 1970 nach Tansania und Sambia sowie nach Pakistan. Fast die Hälfte der gesamten Hilfe der Sowjetunion erhielten Afghanistan, Indien und Ägypten. Die USA ließen 1970 sogar 93% ihrer Wirtschaftshilfe („supporting assistance“) laut „Time“ (15. 11. 71) Vietnam, Laos und Nigeria zukommen. Der Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD hat angesichts dieses Ungleichgewichtes in der Verteilung der Mittel im Oktober zwei Anregungen gemacht. Demnach sollen in Zukunft die Zielsetzungen in Form von *Mindestzahlen* für jedes einzelne Land festgesetzt werden. Damit würde man zweitens eine *bessere Verteilung und stärkere Zuwendung zu den bedürftigsten Ländern* ermöglichen. Diese Anregungen haben deshalb besondere Bedeutung, weil sie von einem Gremium stammen, dessen Mitglieder öffentlich und privat 98% der gesamten Entwicklungshilfe aufbringen. Dies wird wohl so lange bleiben, wie sich die kommunistischen Länder auf den Standpunkt stellen, sie seien nicht schuld an der Misere der Dritten Welt und deshalb in keiner Weise zu bestimmten Hilfeleistungen verpflichtet. Die „Gruppe der 77“ ließ ihre Kritik an dieser Haltung laut werden und forderte größere Hilfe besonders von den

Ostblockstaaten. Bulgarien und Rumänien allerdings bemühen sich seit einiger Zeit selbst um Mitgliedschaft im „Syndikat der Armen“, in dem bisher als einziges europäisches Land Jugoslawien vertreten ist.

UNCTAD III wird eine Fülle von Aufgaben zu lösen haben. Doch scheinen viele Teilnehmer schon vorher zu resignieren. Der *Uneinigkeit der Entwicklungsländer* stehen die auf den eigenen Vorteil bedachten entwickelten Länder gegenüber. Wenn es schon allein zwischen den Bonner Ministerien schwerfällt, eine einheitliche Strategie zu finden, so kann man sich ausrechnen, wie es im Weltmaßstab aussieht. In sechs Hauptausschüssen soll über den Themenkatalog verhandelt werden, der in langwierigen Vorverhandlungen auf 22 Punkte mit 20 Unterpunkten festgelegt wurde.

Die Vorbereitungen sollten sich aber nicht auf die Spezialisten beschränken. Gerade die zur Diskussion stehenden Fragen der Rohstoffpreise und der Arbeitsteilung, der Währungen und Quoten der Entwicklungshilfe sind von solcher Bedeutung für die Zukunft der Dritten Welt, daß alles getan werden müßte, um die Entscheidungen der Politiker zu erleichtern und die öffentliche Meinung zu bilden. Nur eine Revision der Hilfsprogramme, großzügige Zugeständnisse und eine positive Einstellung zur Entwicklungshilfe können auf Dauer einen Ausweg bieten.

Norbert Sommer

Nonkonformismus in der Sowjetunion

Zur Rolle der oppositionellen Literaten und Wissenschaftler

Zum vierten Mal wurde V. Bukovskij, 29 Jahre alt und einer der kompromißlosesten Vertreter der literarischen oppositionellen sowjetischen Intelligenz, am 5. Januar 1972 in Moskau zu zwei Jahren Gefängnis, fünf Jahren Arbeitslager mit verschärftem Regime sowie anschließender fünfjähriger Verbannung außerhalb Moskaus verurteilt. Die Anklage lautete auf „Verleumdung des politischen Systems der Sowjetunion“, „Untergrabung und Schwächung der Sowjetmacht“ und „versuchte Anstiftung zum Landesverrat“. Unter den letzten Punkt fielen angebliche Kontakte zu russischen Emigrantenorganisationen im Ausland, der Versuch, ein Vervielfältigungsgerät ins Land zu schmuggeln und zwei Offiziere der Armee zur Informationsübermittlung ins Ausland zu überreden. Das Strafmaß war das höchste, das verhängt werden kann.

Dieses Urteil und das Echo darauf in den westlichen Massenmedien rückten das Phänomen der innersowjetischen Opposition wieder einmal in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit. In den vergangenen fünf bis sechs Jahren hat sich dieser Nonkonformismus trotz weithin fehlender Organisation und ohne zentrale Führung zu einem innenpolitisch beunruhigenden Faktor entwickelt, dem die Partei mit verschärften Maßnahmen beizukommen sucht.

Die nonkonformistische literarische und wissenschaftliche Intelligenz

Die Anfänge dieses innersowjetischen Nonkonformismus verschiedenster Ausprägung gehen in die Zeit der Entstalinisierung unter N. Chruschtschow (seit dem 20. Parteitag 1956) zurück; er hatte seinen Schwerpunkt bei der

jugen literarischen Intelligenz. Der sozio-psychologische Hintergrund, auf dem dieses Phänomen überhaupt aufkommen und sich ausbreiten konnte, war die *partei-offizielle Verurteilung des Stalinismus*, dessen Terror aus den Erzählungen vieler Tausender von Rückkehrern aus den Arbeitslagern konkreter bekannt wurde und zur kritischen Auseinandersetzung gerade auf dem Gebiet der Literatur herausforderte. Die damit verbundene innenpolitische Lockerung ließ auch die Furcht zurückgehen. Zudem war die *junge Generation*, die ohne die Erfahrung des Stalinismus heranwuchs, kritischer und zugleich furchtloser.

Die bekannteste literarische Verarbeitung des stalinistischen Terrors war das Werk von A. Solženicyn „Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič“. Es wurde vom Chefredakteur der liberalen Literaturzeitschrift „Novij Mir“, A. T. Tvardovskij, 1962 veröffentlicht. Allerdings konnte dieser die Widerstände gegen die Veröffentlichung erst durch die Übersendung des Manuskriptes an Chruschtschow, dem eine solche Erzählung nicht unlegen kam, und dessen Billigung brechen. Die Erzählung war eine „Sensation“. Schon an einem halben Tag wurden 100 000 Exemplare verkauft.¹ Nach Chruschtschows Sturz wurde die weitere Verbreitung des Ivan Denisovič verboten.

Eine Verhärtung der Fronten zwischen Partei und literarischer nonkonformer Intelligenz setzte ein, als die unter Chruschtschow erwachten und noch kurz danach gehegten Hoffnungen auf eine schrittweise Demokratisierung „von oben“ dahinschwanden. 1965 kam es zum *Abbruch der Entstalinisierung* durch die Parteispitze und zu erneuten